Absender

Drucksachen-Nr.

0210/2023

öffentlich

Antrag

der Fraktion, der/des Stadtverordneten

zur Sitzung:

Ausschuss für Mobilität und Verkehrsflächen am 18.04.2023

Tagesordnungspunkt

**Gemeinsamer Antrag der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD
und FWG vom 28.03.2023 zur Förderung einer
Erweiterung/Ergänzung der Radstation am Bahnhof Bergisch
Gladbach**

Inhalt:

Der Antrag ist als Anlage beigefügt.

Beschlussvorschlag:

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD und FWG wird nicht entsprochen.

Kurzzusammenfassung:

entfällt

Auswirkungsübersicht Klimarelevanz:

keine Klimarelevanz:	positive Klimarelevanz:	negative Klimarelevanz:
	Durch die Verbesserung der Radinfrastruktur in Bergisch Gladbach können CO ² -Emissionen durch den möglichen Umstieg von Kfz aufs Rad reduziert und die Luftqualität verbessert werden.	

Finanzielle Auswirkungen:

	keine Auswirkungen:	Mehrerträge:		Mehraufwendungen:	
		lfd. Jahr	Folgejahre	lfd. Jahr	Folgejahre
konsumtiv:					
investiv:			X		X
planmäßig:					
außerplanmäßig:			X		X

Personelle Auswirkungen:

	keine Auswirkungen:	Einsparungen:	Einstellungen:
planmäßig			
außerplanmäßig:			X
kurzfristig:			
mittelfristig:			X
langfristig:			X

Stellungnahme der Verwaltung:

Grundsätzlich begrüßt die Verwaltung den gemeinsamen Antrag der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD und FWG zur Förderung einer etwaigen Erweiterung/Ergänzung der Radstation am Bahnhof Bergisch Gladbach sowie möglicher Fahrradparkhäuser am Haltepunkt Duckterath bzw. Busbahnhof Bensberg.

Demgegenüber stehen aus Sicht der Verwaltung jedoch folgende Aspekte, die zum jetzigen Zeitpunkt gegen eine Interessenbekundung zur Teilnahme am Förderaufruf „Fahrradparkhäuser an Bahnhöfen“ sprechen:

1. **Zuständigkeit für die Erweiterung/Ergänzung der Radstation am S-Bahnhof Bergisch Gladbach:**

Die Radstation sowie das dazugehörige Grundstück befinden sich im Eigentum der stadteigenen „Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH“ als eigenständige juristische Persönlichkeit. Da die Gesellschaft über eigene Gesellschaftsorgane verfügt, besteht für den Ausschuss lediglich die rechtliche Möglichkeit, den Bürgermeister der Stadt Bergisch Gladbach, Herrn Frank Stein, als alleinigen Vertreter der Gesellschafterin Stadt Bergisch Gladbach durch einen sog. „Weisungsbeschluss“ anzuweisen, die Geschäftsführung der Gesellschaft anzuweisen, entsprechend dem Beschlussvorschlag zu verfahren.

2. **Fehlende personelle Ressourcen in der Abteilung 6-60 Mobilität und Stadtentwicklung:**

Hierzu verweist die Verwaltung auf die Ausführungen zur personellen Situation des Fachbereiches sowie der entsprechenden Abteilung in der Vorlage Drucksachennummer 0514/2022, welche u.a. in der vergangenen Sitzung des Ausschusses für Mobilität und Verkehrsflächen am 14.02.2023 behandelt wurde.

Bezogen auf den vorliegenden Antrag bedeutet dies, dass im Falle eines positiven Votums des Ausschusses zum vorliegenden gemeinsamen Antrag andere anstehende Aufgaben der Abteilung aus dem Bereich Mobilität zurückgestellt werden müssten, da eine Entspannung der personell nach wie vor angespannten Situation nicht erkennbar ist. Selbst wenn ein Großteil der Aufgaben zur Interessenbekundung bzw. evtl. nachfolgenden Antragstellung durch Externe erledigt werden soll, bedarf es des Rückgriffs auf städtisches Personal, welches aktuell nicht zur Verfügung steht.

3. **Anstehende städtebauliche Gesamtkonzeptionen für die Bereiche rund um den S-Bahnhof Bergisch Gladbach, den Haltepunkt Duckterath sowie den Bereich des Busbahnhofs Bensberg**

Nicht zuletzt durch den Ausbau der S 11 sowie das derzeit laufende Planfeststellungsverfahren hierzu für den Bereich des Bahnhofs Bergisch Gladbach sowie dessen Umfeld ist erkennbar, dass sich dieser in den kommenden Jahren sichtbar verändern wird. Dementsprechend ist es zwingend erforderlich, das gesamte Umfeld des S-Bahnhofs städtebaulich neu zu ordnen und auf die künftigen Bedarfe für den SPNV, den ÖPNV sowie den Radverkehr auszurichten. Dazu wird die Verwaltung wie in der Vorlage 0527/2022, die am 10.01.2023 im SPLA beraten wurde, bis zum 2. Quartal 2024 eine Machbarkeitsstudie für das Bahnhofsareal erarbeiten.

Da aktuell noch nicht absehbar ist, welche Bedarfe in unmittelbarer Nähe zum S-Bahnhof unterzubringen sind, verbietet es sich aus Sicht der Verwaltung, im jetzigen Stadium der Planungen bereits potentielle Nutzungen durch eine etwaige Erweiterung bzw. Ergänzung zu manifestieren, da sich diese Vorgehensweise im Nachhinein möglicherweise als nachteilig erweist.

Für den Bereich des Haltepunktes Duckterath gilt entsprechendes. Auch hier sollte vor dem Hintergrund der möglicherweise entstehenden Entwicklungsfläche nördlich des vorhandenen Park&Ride-Platzes zunächst eine ganzheitliche Planung abgewartet werden (Stichpunkt Dreifache Innenentwicklung), in der auch die Belange des Radverkehrs entsprechend berücksichtigt werden. Aber auch hier käme eine Festlegung zur Errichtung eines Fahrradparkhauses zum jetzigen Zeitpunkt zu früh.

Bezüglich des Busbahnhofs in Bensberg zeigt sich (s. Vorlage Drucksachenummer 0158/2023 für diese Ausschusssitzung, TOP Ö 7), dass es auch in den kommenden Jahren Veränderungen aufgrund neuer Mobilitätsformen geben wird. Ungeachtet der an diesem Standort vorhandenen Platzprobleme sollte daher auch die künftige Entwicklung abgewartet werden, bevor durch Arbeitsauftrag an die Verwaltung möglicherweise Fakten geschaffen werden.

4. Umsetzung etwaiger Maßnahmen bis Ende 2026:

Nicht unbeachtet gelassen werden muss dabei in diesem Zusammenhang auch, dass der Förderauftrag „Fahrradparkhäuser an Bahnhöfen“ vom 06.03.2023 lediglich für Maßnahmen greift, „deren bauliche Umsetzung“ bis 2026 abgeschlossen werden kann. Angesichts der vorgenannten Aspekte zu 2. und 3. erscheint ein solcher Zeithorizont aus Sicht der Verwaltung, selbst für den Fall eines etwaigen Beschlusses, mehr als ambitioniert.

5. Parallel bestehende Förderprogramme des Landes NRW

Neben der im Antrag aufgezeigten Fördermöglichkeit des Bundes ist es bereits heute möglich, über die „Förderrichtlinie Nahmobilität“ des Landes Nordrhein-Westfalen bzw. die aktuellen Verwaltungsvorschriften des Zweckverbandes go.Rheinland zur Förderung von Maßnahmen nach § 12 ÖPNVG NRW Bike&Ride-Anlagen mit bis zu 90 % der Baukosten gefördert zu bekommen. Nach den vorliegenden Informationen der Verwaltung sind diese Förderprogramme nicht zeitlich befristet und werden jährlich regelmäßig neu aufgelegt, so dass die Verwaltung aktuell davon ausgeht, bei der möglichen Umsetzung von Maßnahmen im Sinne der Antragstellung in den kommenden Jahren hierfür Fördergelder akquirieren zu können.

Aus den vorgenannten Gründen schlägt die Verwaltung daher vor, den Antrag zum jetzigen Zeitpunkt abzulehnen.